

Anno ... 52. Woche

1947, 30. Dezember: Die Kommunistische Partei Rumäniens zwingt König Michael I. zur Abdankung. Der kurzzeitig zwischen 1927 und 1930 und dann wieder ab 1940 den Thron Bekleidende hatte im August 1944 den mit den Nazis verbündeten Diktator Ion Antonescu entlassen und das Land an die Seite der Alliierten geführt. Michael geht ins Schweizer Exil.

1957, 26. Dezember - 1. Januar 1958: 500 Delegierte und Gäste aus 45 Nationen kommen in Kairo zum ersten Solidaritätskongress der afroasiatischen Völker zusammen. Auch die DDR schickt offizielle Beobachter. In einer Neujahrsbotschaft berufen sich die Teilnehmer auf die sogenannten Zehn Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Grundlage für die Gestaltung der internationalen Beziehungen, die die Konferenz der Blockfreien Staaten im April 1955 verabschiedet hat. Sie fordern die Durchsetzung der Menschenrechte, der Souveränitätsrechte der Völker und die »Rassengleichheit«.

1967, 25. Dezember: Der Weihnachtsgottesdienst in der Westberliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wird noch vor Beginn von Studenten, unter ihnen auch Rudi Dutschke, gestört. Sie wollen gegen den Krieg in Vietnam protestieren. Die Kirchenbesucher reagieren mit Gewalt und schlagen auf die Studenten ein. Als Dutschke die Kanzel betritt, wird er, wie er später erklärt, gewürgt und mit Schlägen bedeckt. Ein Besucher der Christmette schlägt mit einem Krückstock auf ihn ein und bringt ihm eine Platzwunde bei. Nachdem die Studenten von der Polizei aus der Kirche hinausgedrängt worden sind, kommt es draußen zu weiteren Auseinandersetzungen, bei denen Dutschke auch einen Pfarrer geohrfeigt haben soll. Der Pfarrer der Kirche stellt später wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung Strafanzeige.

1987, 26. Dezember: Das in New York erscheinende *Time-Magazin* kürt den sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow für seine Politik der Perestroika zum »Mann des Jahres«.

1992, 28. Dezember: Aus Protest gegen die Haltung der Partei in der Asylrechtsdebatte verlässt der Schriftsteller Günter Grass, der vorher in zahlreichen Wahlkämpfen für die Sozialdemokraten geworben hatte, die SPD. Diese hat sich Anfang Dezember mit der CDU/CSU auf eine Neuregelung des Asylrechts geeinigt, die den Zugang zu politischem Asyl in der Bundesrepublik erheblich einschränkt.

<https://www.jungewelt.de/artikel/323859.anno-52-woche.html>